Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 82. Sonnabend den 22. März 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 23. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

In der Zeit vom 1. bis mit 8. März 1884 erlangten das hiesige **Bürgerrecht:**

Band, Friedrich Otto, Lehrer;
Bauriegel, Emil Hugo, Protokollant beim Amtsgericht;
Burckhardt, Friedrich Julius, königl. Standesbeamter;
Feigner, Gustav Hermann, Gerichtsschreiber;
Franke, Gottlieb Friedrich, Lehrer;
Franke, Heinrich Eduard, Postsecretair;
Freyberg, Carl Otto, Expedient;
Fritzsche, Friedrich August, Feuerwehrmann;
Gentsch, Johann Carl, Schaffner;
Geitner, Anton, Schaffner;
Hartung, Erdmann Felix Joseph, Lehrer;
Haupt, Hermann Moritz, Lehrer;
Hessel, Wilhelm Clemens, Eisenbahn-Assistent;
Hofmann, Friedrich Hermann, Buchbinder;
Horn, Dr. phil., Friedrich Theodor, Oberlehrer;
Jaspis, Emil Siegmund, Landgerichtsrath;
Jentzsch, Ernst Erdmann, königl. Steueraufseher;
Kaiser, Ernst Hugo, Feuerwehrmann;
Kalmeyer, Friedrich August Hermann, Assecuranz-Inspector;
Kästner, Oswald Hermann, Rathsdiener;
Klein, Felix, Professor;
Klopfer, Hermann Julius, Schutzmann;
Kohlmann, Gustav Adolf, Expedient und Protokollant b. Amtsgericht;
Kuhn, Dr. phil., Gustav Emil, Bezirks-Schulinspector;
Landgraf, Johann Gottlob, Diener b. d. königl. Staatsanwaltschaft;
Leonhardt, Friedrich Oswald, Schutzmann;
Mittelbach, Louis Albin, Lehrer;
Moll, Guido Otto Heinrich, Apotheker;
Petrich, Ernst Gustav, Lehrer;
Pickert, Friedrich Albin, Schutzmann;
Radloff, Carl August, Bauinspector;
Rankt, Paul Conrad, Amtsrichter;
Rauber, August, Professor;
Richter, Carl August, Postschaffner;
Riedel, Franz Hermann, Maschinist bei der Feuerwehr;
Röthig, Carl Gottlieb, Wagenwärter an der Staatsbahn;
Ruhl, August Otto, Postsecretair;
Schimpf, Heinrich Wilhelm, Lehrer;
Schmidt, Louis Gustav, Schutzmann;
Schmidt, Dr. phil., Walther Bernhard, Oberlehrer;
Schomer, Carl Hermann, Oberfeuerwehrmann;
Schube, Franz Guido, Amtsgerichts-Referendar;
Schubert, Heinrich Theodor, Oberfeuerwehrmann;
Schumann, Friedrich Albert, Feuerwehrmann;
Schwarze, Johann Carl Gottfried, Protokollant beim Landgericht;
Schwotzer, Gustav Emil, Lehrer;
Seidemann, Carl Julius Max, Feuerwehrmann;
Semmel, Johann Georg, Schaffner;
Singer, Otto, Postpraktikant;
von Sommerlatt, Friedrich Rudolf, Landgerichtsrath;
Steinbach, Friedrich August, Eisenbahn-Assistent;
Strickert, Carl August, Postschaffner;
Suppe, Carl Heinrich, Hauptzollamts-Rendant;
Süß, Louis Emil, Postsecretair;
Täther, Moritz Bernhard, Bahnmeister;
Taubert, Friedrich Albin, Lehrer;
Taubert, Moritz Anton, Gerichtsschreiber;
Teuscher, Gustav Adolf, Maschinenverwalter an der Staatsbahn;
Thierack, Paul Eduard Oskar, Xylograph;
Vatter, Paul Emil, Lehrer;
Venetoulis, Drosiös, Kaufmann;
Verlohren, Julius Oscar, Oberbuchcontrolleur;
Voppel, Dr., Friedrich August Hermann, Anstaltsdirector a. D.;
Wagner, Georg, Steuerbote;
Wauer, Gustav Adolf Hermann, Krankenhausbote;
Weber, Thomas Hugo, Obertelegraphenassistent;
Wehner, Friedrich August, Telegraphenassistent;
Weigelt, Otto Paul, Lehrer;
Weise, Wilhelm Louis, Postschaffner;
Weiser, Friedrich Theodor, Steueraufseher;
Wolf, Carl August, Amtsrichter;
Wolf, Johann Heinrich, Schaffner an der Staatsbahn;
Braukmore, William Cooley, Sprachlehrer;
Zimmermann, Ernst Gustav Adolf, Lehrer.

Trockenplatz-Verpachtung.

Der der Stadtgemeinde Leipzig und zur Parcelle Nr. 28 des Flurbuchs für **Gohlis** gehörige, daselbst an der Rosenthalstraße gelegene ehemalige **Mühlenguts-, Obst- und Grasgarten** nebst einem dahinter gelegenen, gleichfalls zur vorgedachten Parcelle gehörigen **Feldstück** von zusammen 1 Acker 196 Qu.-Ruthen — — Hektar 91.5 Ar Flächengehalt, soll zur Benutzung als **Trockenplatz**, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise, auf die **drei Jahre vom 15. April 1884 bis dahin 1887**

Sonnabend, den 29. dss. Mts.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, an den **Meistbietenden** anderweit **verpachtet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 13. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stötz.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der diesjährigen communlichen Pflasterungsarbeiten soll an einen Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen hierfür können im hiesigen Gemeindeamte eingesehen, beziehentlich entnommen werden.

Offerten wolle man versiegelt und mit Aufschrift „Pflasterungsarbeiten" versehen ebendaselbst bis zum

31. März dieses Jahres

einreichen.

Gohlis, den 18. März 1884.

Der Gemeinderath.
Paulus.

Bekanntmachung.

Für den Termin Ostern dieses Jahres sind **vier Ausstattungsstipendien** im Betrage von 77 ℳ 8 ₰, 67 ℳ 45 ₰ und zwei Mal 40 ℳ 47 ₰ an hiesige unbescholtene, arme Bürgerstöchter, welche sich in der Zeit von Ostern vorigen Jahres bis Ostern dieses Jahres verheirathet haben, von uns zu vergeben, und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 47 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung, bis zum **15. April** dieses Jahres auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 18. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Aus der **Apel'schen Stiftung** zur Bestreitung der Kosten des Aufsingens und Lossprechens und zur Beschaffung von Lehrbetten für arme Knaben, welche die Schneider- oder die Schuhmacher-Profession erlernen wollen, sind einige Spenden zu vertheilen.

Bewerbungen darum sind längstens bis zum 12. April laufenden Jahres schriftlich bei uns (Eingangsbureau, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 9) einzureichen.

Hierbei bemerken wir, daß solche junge Leute, welche bereits in der Lehre stehen oder außerhalb Leipzigs in die Lehre treten wollen, nicht berücksichtigt werden können, und daß hier ortsangehörigen Bewerbern in der Regel vor auswärtigen der Vorzug zu geben ist.

Leipzig, den 18. März 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der Poniatowsky-Straße soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Blanketts für diesen Schleußenbau können bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, entnommen werden, woselbst auch die versiegelten und mit der Aufschrift:

„Schleußenbau in der Poniatowsky-Straße"

versehenen Offerten bis zum 29. März a. c. Nachmittags 5 Uhr abzugeben sind.

Leipzig, am 18. März 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Nicolaigymnasium.

Zu dem am 22. März als am Geburtstage **Sr. Majestät des Kaisers** Vormittags 10 Uhr in der Aula des Nicolaigymnasiums stattfindenden Festactus, mit welchem zugleich die Entlassung der Abiturienten verbunden sein wird, ladet hierdurch ehrerbietigst ein

Leipzig, den 20. März 1884.

Dr. Theodor Vogel.

Städtische Gewerbeschule.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, welche Vormittags 9 Uhr stattfindet, und bei welcher Herr Oberlehrer Dr. Wilde den Festvortrag halten wird, beehrt sich im Namen des Lehrercollegiums einzuladen

Leipzig, am 21. März 1884.

Der Director
Dr. Ludw. Rieper.

Bekanntmachung.

Es wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei der Einweihung unserer neuen Kirche am 23. März die Einladungskarten als Eintrittskarten sowohl für den Festzug als auch für das Gotteshaus giltig sind, und daß Niemand ohne Karte in den Schulhof zur Aufstellung des Zuges eingelassen wird.

Den Anordnungen des Festcomités, der Feuerwehr und der freiwilligen Schutzmannschaft, welche die Aufrechthaltung der Ordnung gütigst mit übernommen haben, bitte man Folge zu leisten.

Die Kapellen-, Chaussee- und Feldstraße wird während des Zuges gesperrt bleiben.

Reudnitz, am 18. März 1884.

Das Festcomité des Kirchenvorstandes.
E. Rausch, Pastor.

Nichtamtlicher Theil.

Zum Geburtstage Kaiser Wilhelm's.

Kaiser Wilhelm vollendet heute in ungetrübter geistiger und körperlicher Frische sein siebenundachtzigstes Lebensjahr und hat damit einen Abschnitt seiner von der Vorsehung sichtlich gesegneten Laufbahn erreicht, wie er vor ihm noch keinem deutschen Kaiser zu erreichen vergönnt war. An Zahl der Regierungsjahre übertrifft ihn zwar Friedrich Barbarossa, der 38 Jahre lang, von 1152 bis 1190, die Geschicke des deutschen Reiches lenkte, und auch unter seinen eigenen Vorfahren, den Hohenzollern, waren es drei, welche eine noch längere Regierungszeit aufzuweisen haben: Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst, von 1640 bis 1688, Friedrich der Große, von 1740 bis 1786, und Friedrich Wilhelm III., der erlauchte Vater des Kaisers, welcher von 1797 bis 1840 die Regierung des preußischen Staates führte, aber keiner von allen diesen Fürsten hat das achtundachtzigste Lebensjahr angetreten und keinem von ihnen ist ein solches Wachsthum an Machtfülle beschieden gewesen, wie es Kaiser Wilhelm I. erfahren und siegreich erkämpft hat. Wenn man die Spanne Zeit von 1806, der tiefsten Erniedrigung Preußens, bis 1884, der Höhe des deutschen Einflusses in Europa, überblickt, so zeigt sich ein ungeheurer Unterschied zwischen damals und jetzt. 1806 wurde Preußen an den blutriefenden Triumphwagen Napoleon's I. gespannt und konnte kaum noch als selbstständiger Staat gelten, während heute, wie Fürst Bismarck vor wenigen Tagen im Reichstag erklärte, das deutsche Reich eine dominirende Stellung in Europa einnimmt. Kaiser Wilhelm hat schon als Knabe und Jüngling einen ungewöhnlichen Schicksalswechsel durchgemacht. Als neunjähriger Knabe mit seinen Eltern vor dem siegreichen Napoleon auf der Flucht, sehen wir ihn acht Jahre später rühmlichen Antheil nehmen an der Schlacht bei Bar sur Aube und noch ein Jahr später war Napoleon der Gefangene Englands, und Preußen konnte sich der Früchte seiner Siege in ungestörter Ruhe erfreuen, bis die von Frankreich ausgehende Umwälzung im Jahre 1848 neue Prüfungen über den Staat Friedrich's des Großen verhängte. Und wie es Preußen war, welches die Erhebung Deutschlands gegen den wälschen Eroberer im Jahre 1813 führte und zum siegreichen Ende brachte, so fiel ihm auch die Führerrolle bei Wiederaufrichtung des deutschen Reiches zu, als der Nachkomme Napoleon's I. die Demüthigung und Zerstückelung Deutschlands plante. Unter dem Oberbefehl König Wilhelm's schritt das deutsche Volk in Waffen von Sieg zu Sieg, bis bei Sedan die Macht Napoleon's III. in Trümmer fiel.

Das Andenken an die Zeit der Wiedererstarkung Deutschlands wurde noch vor Wochen in Kaiser Wilhelm besonders lebendig erneuert, als eine Deputation des russischen Kalugaregiments und der Ritter des Georgsordens ihn als den ältesten und vornehmsten Georgsritter und als siebzigjährigen Inhaber des Kalugaregiments begrüßte. Das war das dritte Hauptmoment im siebenundachtzigsten Lebensjahre Kaiser Wilhelm's, als die beiden anderen hat er selbst in der Erwiderung auf den Neujahrsglückwunsch des Berliner Magistrats die Einweihung des Denkmals auf dem Niederwald und das vierhundertjährige Geburtsfest Luther's bezeichnet. Die Feier auf dem Niederwald bildet den Abschluß des großen Kampfes, welchen Deutschland unter Führung Kaiser Wilhelm's im Jahre 1870 gegen Frankreich gekämpft hat, und richtete naturgemäß den Blick auf den Anfang des Widerstands Deutschlands gegen französische Herrschbegierde zurück. Schon am Tage der Enthüllung des Denkmals zeigten sich die Vorboten der vollkommenen Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Rußland: Fürst Dolgorucki erschien als der Abgesandte Kaiser Alexander's III. bei der Feier und legte damit öffentlich dafür Zeugniß ab, daß der Nachkomme Alexander's I. der Tage der heiligen Allianz gedachte, in welcher Preußen und Rußland gegen Frankreich zusammenstanden, um den Trotz Napoleon's I. zu beugen. Einige Wochen später kam der Minister v. Giers nach Berlin als Ueberbringer der willkommenen Botschaft, daß jedes Hinderniß, welches der rückhaltlosen Bethätigung des althergebrachten Vertrauens zwischen Rußland und Deutschland bisher im Wege stand, beseitigt sei und daß Rußland wieder der aufrichtige Freund Deutschlands sein wolle. Die Wiederkehr des herzlichen Einvernehmens wurde durch Ernennung des Fürsten Orlow, des persönlichen Freundes des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, zum Botschafter Rußlands in Berlin und durch Absendung einer Deputation unter Führung des Großfürsten Michael als Vertreters der Georgsritter besiegelt.

So groß die Freude Kaiser Wilhelm's über die Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen Rußland und Deutschland aber auch gewesen sein mag, so liegt ihm doch eine andere Angelegenheit fast noch mehr am Herzen und das ist die Befriedigung der berechtigten Wünsche der nothleidenden Arbeiterbevölkerung. Das, was der Kaiser in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstags am 17. November 1881 als das letzte Ziel seines Lebens verkündet hat, den Invaliden der Arbeit, für sich und ihre Familien eine Versorgung für die Zeit des Alters und der Arbeitsunfähigkeit zu gewähren, daran hält er fest und tritt das achtundachtzigste Lebensjahr mit dem lebhaften Wunsche an, daß die zweite Vorbedingung für die Verwirklichung seines Strebens, das Unfallversicherungsgesetz in der laufenden Sitzungsperiode des Reichstages zu Stande kommen möge. Der Kaiser hat diesen Wunsch den Präsidenten des Reichstages gegenüber beim neulichen Empfange derselben persönlich wiederholt und wir können es mit Genugthuung aussprechen, daß im Reichstage das edle Streben des Kaisers fast von allen Seiten bereites Entgegenkommen findet. Im vergangenen Jahre ist als erstes socialpolitisches Gesetz das Krankencassengesetz erlassen worden und in diesem wird hoffentlich das Unfallversicherungsgesetz folgen.

Es ist das der erste Versuch, die sociale Frage praktisch zu lösen und dieser Versuch hat besonders bei unseren Verbündeten in Oesterreich-Ungarn Verständniß und sympathisches Entgegenkommen gefunden. Selbst Organe, welche häufig mit den Zielen der inneren deutschen Politik nicht übereinstimmen und ihren Widerspruch in scharfe Worte zu kleiden verstehen, wie die „Neue Freie Presse", haben dem Gedanken der socialpolitischen deutschen Gesetzgebung seit dem Tage ihrer ersten öffentlichen Verkündigung, seit der Thronrede vom 17. November 1881, ihre vollste Anerkennung gezollt und was die „Neue Freie Presse" damals in Form eines schwungvollen Leitartikels freudig aussprach, hat das „Wiener Fremdenblatt" bei Wiedereröffnung des Reichstages am 6. März mit anderen Worten wiederholt. Kaiser Wilhelm, der vor nunmehr sechs Jahren fast das Opfer socialistischer Fanatiker wurde, hat durch die eifrige Förderung und Begünstigung der socialpolitischen Gesetzgebung die edelste Vergeltung für die ihm zugefügten Frevelthaten geübt und wir können nur aus innerster Ueberzeugung von der Heilsamkeit dieser Gesetzgebung diese Zeilen mit dem Ausdruck der Hoffnung schließen, daß es gelingen möge, die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages zum Unfallversicherungsgesetz zu gewinnen. Damit würde zugleich der Lieblingswunsch unseres allverehrten Kaisers erfüllt werden, daß an seinem hoffentlich noch fernen Lebensabend auch der ärmste Arbeiter seine Regierung segnen möge.

Leipzig, 2.. März 1884.

* Nach Beendigung der Socialistengesetzdebatte hat der Reichstag die ihm vorliegenden größeren Gesetzentwürfe sämmtlich, mit Ausnahme des Actiengesetzes, in erster Lesung erledigt. Das Letztere wird Mitte der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es bleiben alsdann zunächst noch Anträge aus dem Hause, die in großer Anzahl, und darunter sehr wichtige, vorliegen. Indessen wird der Reichstag gleichwohl voraussichtlich Ende nächster Woche sich vertagen, und es werden alsdann für längere Zeit ausschließlich die Commissionen in Thätigkeit treten.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur Parteilage:

In der Presse wird, wie auch schon neulich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", auf die Nothwendigkeit einer gemeinsamen und einheitlichen Abwehr der Angriffspolitik, zu welcher sich die Fortschrittler und Secessionisten unter der Firma „deutsche freisinnige Partei" vereinigt haben, hingewiesen. Gut gemeinte Rathschläge sind dabei innerhalb der Kreise, auf die sie mit berechnet waren, einer spöttischen Kritik begegnet. Es steht zu befürchten, daß auch andere, ausführbarer erscheinende Rathschläge dasselbe Schicksal erleiden werden, so lange die Parteien an ihren bisherigen Existenzformen festhalten und sich nicht daran gewöhnen können, diese Formen als Das zu betrachten, was sie eigentlich sein sollten: als Nebenzweck oder als Mittel zur Erreichung höherer Zwecke. Wie sich das Parteiwesen in Deutschland entwickelt hat, ist vielmehr zu erwarten, daß die Parteien, welche sich in einem bewußten Gegensatz zu der neuetablirten demokratischen Partei fühlen, möglichst lange ihre Sonderexistenz aufrecht zu erhalten wünschen werden, sie müßten denn von einem einheitlichen Gedanken beseelt sein und dieser in ihnen ein so außerordentliches Uebergewicht erhalten, wie der gemeinsame Haß gegen den Kanzler, welcher die Fortschrittler und Secessionisten trotz der bisherigen Differenzen zwischen den so disparaten Elementen, wie Richter, Hänel, Rickert und v. Stauffenberg, verbunden hat.

Ob der Haß gegen einen Staatsmann ein dauernder Kitt sein wird, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber werden die Parteien, welche sich zur Abwehr des demokratischen Sturmangriffs vereinigen wollen, positive Ideale und neue Ziele haben müssen, für die sie sich begeistern, wenn sie zu einer Einheitlichkeit des Handelns kommen wollen, welche auch selbst bei dem Fortbestand der alten Parteiformen möglich sein würde. Diese Ideale und Ziele sind vorhanden und mit wünschenswerther Klarheit von dem Fürsten Bismarck in seiner Rede vom 15. d. M. bezeichnet worden, wie sie andererseits auch durch die Gegenbestrebungen der demokratischen Partei dazu erhoben werden.

Der Kanzler sprach sich in dieser Rede über die Stellung des Parlaments im Staatsleben aus. Er erkannte die Nothwendigkeit, Unentbehrlichkeit, Unersetzlichkeit und Nützlichkeit desselben in dem Sinne an, daß die Volksvertreter vermöge ihrer praktischen Erfahrung bei der Feststellung der Gesetze mitwirken, das Zustandekommen schlechter Gesetze verhindern, die Gesetze einer allgemeinen Censur unterwerfen und sie gewissermaßen durch das Sieb der parlamentarischen Verhandlung gehen lassen. Dagegen erklärte er die parlamentarische Herrschaft als schädlich und unmöglich. Aufgabe des Parlaments kann und soll es also nicht sein, nach Herrschaft zu streben, seine Macht zu vermehren und auf eine Beschränkung der Rechte der Krone auszugehen. Wenn der Liberalismus bisher den Inbegriff aller Politik in einem fortwährenden Kampf gegen die Regierung und in einer allmäligen Abbröckelung der souveränen Stellung der Krone, also in einer Erweiterung der Rechte der repräsentativen Körperschaft erblickt hat, so ergeben sich in Zukunft für das Parlament andere Aufgaben, nämlich dem Volke zu dienen und an der Besserung der wirthschaftlichen und socialen Lage desselben zu arbeiten. Die Parteien werden hiermit von selbst aufhören müssen, vorwiegend politische zu sein, und dafür mehr sich wirthschaftlichen und socialen Interessen widmen müssen.

Auf vollständig entgegengesetzter Grundlage ruht das Programm der vereinigten Linken. Für sie ist die Herrschaft des Parlaments die Hauptsache. Im Juli 1882 erklärte Hänel unter lautem Beifall der liberalen Presse: „Der Liberalismus will und soll zur Herrschaft gelangen, den maßgebenden Einfluß gewinnen und, wenn es die Dinge fügen, die Regierung selber in constitutioneller Weise leiten." Deutlicher sprach sich Herr Bamberger am 5. Mai 1883 im Reichstage aus: „Wenn Deutschland sich gesund entwickeln will, so muß es zum Parlamentarismus kommen. Parlamentarismus heißt — so fügte er hinzu —, daß eine Regierung der Ausdruck der Mehrheit der Volksvertretung sein soll", — die Reichstagsmehrheit dürfe sich nicht der Regierung unterordnen, sondern „die Regierung muß den Weg gehen, den die Reichstagsmehrheit ihr vorschreibt". Nichts Anderes bedeutet der Satz, der dem Programm der neuen Partei an die Spitze gestellt ist: „Entwickelung eines wahrhaft constitutionellen Verfassungslebens in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung". Bei einer derartigen Fürsorge für die Erweiterung der Rechte der repräsentativen Körperschaft ist es erklärlich, daß die Interessen des Volks zu kurz kommen: die Besserung der wirthschaftlichen und socialen Lage kann nach Herrn Bamberger überhaupt gar nicht Gegenstand politischer Bestrebungen sein, weil den Staat solche Fragen nichts angehen.

Wie hiermit der Gegensatz gegeben, so auch der Einigungspunct für diejenigen, welche die Jagd nach der parlamentarischen Herrschaft nicht mitmachen wollen und die Aufgabe des Parlaments nicht in der Vernachlässigung der Interessen und Bedürfnisse des Volkes erblicken. Der Gegensatz ist klar: auf der einen Seite das Festhalten an den bisherigen Verfassungseinrichtungen, d. h. ebenso der Macht der Krone wie der Stellung des Parlaments als eines mitwirkenden Factors, und auf dieser Grundlage Pflege der wirthschaftlichen und socialen Interessen durch eine gesunde Reformpolitik, an welcher Regierung und Parlament zum Besten des Volkes gemeinsam und mit dem fortwährenden Streben nach Verständigung arbeiten; auf der anderen Seite eine tiefgreifende Aenderung der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Stellung des Parlaments, Erweiterung seiner Machtbefugnisse auf Kosten der Macht der Krone, unter sorgfältiger Aufrechterhaltung der Nachtwächter-Rolle für den Staat in allen wirthschaftlichen und socialen Fragen.

Daß die Demokratie Ernst macht, das zu ihrem Bedauern im Jahre 1866 abgerissene Faden der Verfassungskämpfe wieder anzuknüpfen, beweist die Gründung der neuen Partei. Einer äußerlich ähnlichen Gegenmaßregel bedarf es nicht, wenn nur von den Parteien das Ziel — die Bekämpfung der Demokratie und somit die Aufrechterhaltung der bestehenden verfassungsmäßigen Stellung der Krone und des Parlaments, wie ein entschiedenes Eintreten für eine Reform der socialen und wirthschaftlichen Zustände — gemeinsam im Auge behalten wird. Aus der Gleichheit und Gemeinsamkeit dieses Zieles kann sich später von selbst und ohne Zwang auch eine gemeinsame Parteiform bilden, eine Vorbedingung für die Erreichung des Zieles ist dies aber nicht. Aber ein offenes Bekennen zu diesem Ziele wird allerdings nothwendig sein, damit der Freund den Freund erkenne.

SLUB
Wir führen Wissen.